

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

03.04.2017 – Der Beitrag „Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung und die Einwanderungsproblematik“ von Joseph T. Salerno wird hier in drei Teilen veröffentlicht. Der Originalbeitrag mit dem Titel Mises on Nationalism, the Right of Self-Determination, and the Problem of Immigration ist am 28.03.2017 auf der website des Mises-Institute, Auburn, US Alabama erschienen. Teil 2 wird am 10.04.2017 veröffentlicht. Aus dem Englischen übersetzt von Florian Senne.

Bei der gegenwärtigen Einwanderungsdebatte berufen sich Libertäre oft auf Ludwig von Mises als überzeugten Anhänger von Freihandel im weitesten Sinne, also einschließlich der ungehinderten Bewegung von Gütern, Kapital und Arbeit. Manche Libertäre sehen in Mises sogar einen Verfechter offener Grenzen. Mises Ansichten über die Einwanderung von Arbeitern über existierende Staatsgrenzen hinweg waren jedoch sehr differenziert und beeinflusst von politischen Überlegungen auf der Grundlage seiner eigenen Erfahrungen mit den tiefgehenden und anhaltenden Konflikten zwischen den Völkern der mehrsprachigen Staaten Zentraleuropas in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit. So hat Mises Einwanderung nie aufgrund rein ökonomischer Überlegungen wie der Maximierung der Produktivität menschlicher Arbeit, unabhängig vom politischen Kontext, beurteilt. Er hat die Auswirkungen von Einwanderung vielmehr vom Standpunkt des klassisch liberalen Primats des Privateigentums beurteilt. Ziel dieses kurzen Essays ist es, Mises Ansichten über Einwanderung so darzulegen, wie er sie im Zuge seines klassisch liberalen Programms entwickelt hat.

Liberaler Nationalismus

Nach Ansicht von Mises entwickelte sich der Liberalismus zuerst im 19. Jahrhundert als politische Bewegung in Form eines „friedlichen Nationalismus“. Seine beiden Grundprinzipien waren Freiheit, oder, etwas genauer, „das Recht auf Selbstbestimmung der Völker“, und nationale Einheit, oder das „Nationalitätsprinzip“. Diese beiden Prinzipien waren untrennbar miteinander verknüpft. Das Hauptziel der liberal-nationalistischen Bewegungen (der italienischen, polnischen, griechischen, deutschen, serbischen etc.) war die Befreiung ihrer Völker von der despotischen Herrschaft der Könige und Fürsten. Es gab zwei Gründe dafür, dass die liberale Revolution gegen den Despotismus notwendigerweise einen nationalistischen Charakter annahm. Erstens waren viele der königlichen Despoten Fremde, so zum Beispiel die österreichischen Habsburger und die französischen Bourbonen, die über Italien herrschten, und der preußische König sowie der russische Zar, die die Polen unterwarfen. Zweitens, und noch viel wichtiger, erwuchs aus politischem Realismus die Notwendigkeit, „Bündnisse der Unterdrückten gegen die Bündnisse der Unterdrücker zu bilden, um überhaupt eine Chance auf Freiheit zu bekommen, aber auch um im Zusammenhalt die Stärke zu finden, die Freiheit zu bewahren“. Diese Bündnisse der Unterdrückten bildeten sich auf der Grundlage nationaler Einheit, erkennbar an einer gemeinsamen Sprache, Kultur und Denk- sowie Handlungsweise.

Obwohl er sich in Befreiungskriegen gebildet hatte, sah Mises den nationalen Liberalismus als sowohl friedlich als auch weltoffen. Nicht nur sahen sich die verschiedenen nationalen Freiheitsbewegungen als Brüder im gemeinsamen Kampf gegen den königlichen Despotismus, sondern sie begrüßten auch alle die Prinzipien des wirtschaftlichen Liberalismus, „der die Gemeinsamkeit der Interessen aller Völker betont“. So hob Mises die Vereinbarkeit von Nationalismus, Weltoffenheit und Friedfertigkeit hervor:

„Das Nationalitätsprinzip bezieht sich ausschließlich auf die Ablehnung jeglicher Fremdherrschaft; es verlangt nach Selbstbestimmung und Autonomie. Dann folgt jedoch noch mehr; nicht nur Freiheit,

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

sondern auch Einigkeit ist das Schlagwort. Aber auch der Wunsch nach nationaler Einheit ist vor allem grundlegend friedfertig. ... Nationalismus ist kein Gegensatz zu Weltoffenheit, denn die geeinte Nation will keine Konflikte mit benachbarten Völkern, sondern Frieden und Freundschaft.“

Als klassischer Liberaler legt Mises Wert darauf zu betonen, dass das Recht auf Selbstbestimmung kein kollektives, sondern ein individuelles Recht ist: „Das Recht zu entscheiden, welchem Staat sie angehören möchten, liegt nicht bei begrenzten nationalen Einheiten, sondern bei den Einwohnern jedes Gebietes.“ Mises lässt keinen Zweifel daran, dass Selbstbestimmung ein individuelles Recht ist, das „wenn irgend möglich ... jeder einzelnen Person“ zusteht. Es ist auch erwähnenswert, dass Mises selten vom „Secessionsrecht“ spricht – vielleicht, weil sich der Begriff in der Geschichte meist auf das Recht der Regierung einer untergeordneten politischen Einheit, sich von der übergeordneten Einheit abzuspalten, bezog.

Während er sich für Selbstbestimmung als Recht des Einzelnen einsetzt, vertritt Mises gleichzeitig die Ansicht, dass das Volk eine grundlegende und relativ dauerhafte Einheit ist im Vergleich zu der vorübergehenden Existenz des Staates (oder der Staaten), die es zu einer gegebenen Zeit beherrschen. So bezieht er sich auf das Volk als „eine organische Einheit, die durch Änderungen, die Staaten betreffen, weder vergrößert noch verkleinert werden kann“. Entsprechend beschreibt Mises die „Landsleute“ eines Mannes als „diejenigen Mitmenschen, die mit ihm in direkter Nachbarschaft leben und dieselbe Sprache sprechen, und die mit ihm oft auch eine ethnische und spirituelle Gemeinschaft bilden“. In dieselbe Richtung geht Mises' Zitat des Schriftstellers J. Grimm. Dieser bezieht sich auf das „**Naturgesetz ... , dass die Grenzen zwischen den Völkern nicht von Flüssen und Bergen gebildet werden, und dass für ein Volk, welches über Flüsse und Berge gewandert ist, alleine die eigene Sprache die Grenze sein kann.**“ Das Nationalitätsprinzip setzt deswegen voraus, dass liberale Nationalstaaten aus Völkern bestehen können, die dieselbe Sprache sprechen, aber in geographisch nicht zusammenhängenden Gebieten, Provinzen oder sogar Städten leben können. Mises behauptet, dass Nationalismus deshalb ein vollkommen natürliches Ergebnis individueller Rechte sei und zu diesen in keinerlei Widerspruch stehe: „Die Bildung [liberal-demokratischer] Staaten, die aus sämtlichen Mitgliedern einer Volksgruppe bestehen, war das Ergebnis der Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung, nicht dessen Ziel.“

Es ist bemerkenswert, dass Mises hier die Tatsache hervorhebt, dass das Volk eine „organische Einheit“ ist – völlig im Gegensatz zu vielen heutigen Libertären, die Individuen als atomistische Wesen ohne emotionale Zugehörigkeit zu und spirituelle Verbundenheit mit ausgewählten Mitmenschen betrachten. Für Mises besteht das Volk aus Menschen, die in ihrer Wahrnehmung und ihren Handlungen untereinander erkennen lassen, dass sie sich von anderen Gruppen abgrenzen, und zwar auf der Grundlage der Bedeutung, die die Landsleute objektiven Tatsachen wie einer gemeinsamen Sprache, gemeinsamen Traditionen, gemeinsamer Vorfahren etc. beimessen. Die Volkszugehörigkeit beinhaltet genauso wie die Zugehörigkeit zu einer Familie ganz konkrete Willensäußerungen auf der Grundlage subjektiver Wahrnehmungen und auch Präferenzen in Bezug auf eine ganze Reihe objektiver historischer Umstände. So stellt **Murray Rothbard**, der Mises' Anerkennung der Tatsache von Völkern als eigenständige Einheiten unabhängig von Staaten teilt, fest:

„Heutige Libertäre nehmen oft fälschlicherweise an, dass Individuen einzig durch den Austausch im freien Markt untereinander verbunden seien. Sie vergessen, dass jeder zwangsläufig in eine Familie, eine Sprache und eine Kultur hinein geboren wird. Jeder Mensch wird in eine von vielen Gemeinschaften mit Schnittmengen untereinander hineingeboren – normalerweise auch in eine ethnische Gruppe hinein, die ganz bestimmte Werte, Kultur, religiöse Ansichten und Traditionen

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

teilt. ... Das ‚Volk‘ kann nicht scharf definiert werden; es handelt sich dabei um eine komplexe, im ständigen Wandel befindliche Konstellation unterschiedlicher Gemeinschaften, Sprachen, ethnischer Gruppen oder Religionen. ... Die Frage der Volkszugehörigkeit wird durch das Wechselspiel zwischen objektiv existierender Realität und subjektiver Wahrnehmung noch komplizierter.“

Kolonialismus als Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung

Im Gegensatz zu vielen Liberalen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts war Mises ein leidenschaftlicher Antikolonialist. Als radikaler Liberaler erkannte er an, dass das Recht auf Selbstbestimmung und das Nationalitätsprinzip universal ist und für alle Völker und Rassen gilt. Er verfasste überzeugende und vernichtende Anklagen gegen die europäische Unterwerfung und Misshandlung afrikanischer und asiatischer Völker, und verlangte ein schnelles und gründliches Ende der Kolonialherrschaft. Es lohnt sich, Mises hier etwas umfangreicher zu zitieren:

„Das grundlegende Konzept hinter der Kolonialpolitik war es, sich die militärische Überlegenheit der weißen Rasse über die Angehörigen anderer Rassen zunutze zu machen. Die Europäer machten sich daran, ausgerüstet mit all den Waffen und Gerätschaften, die ihre Zivilisation ihnen beschert hatte, schwächere Völker zu unterwerfen, ihnen ihr Eigentum abzunehmen und sie zu versklaven. Es wurden Versuche unternommen, die wahren Motive der Kolonialpolitik zu verschleiern und sie in besserem Licht erscheinen zu lassen, indem betont wurde, ihr einziges Ziel habe darin bestanden, primitiven Völkern die Teilnahme an den Segnungen der europäischen Zivilisation zu ermöglichen. ... Gibt es keinen traurigeren Beweis für die Unfruchtbarkeit der europäischen Zivilisation, als dass sie sich lediglich mit Feuer und Schwert verbreiten lässt?

Kein historisches Kapitel ist blutgetränkter als die Geschichte der Kolonisierung. Es wurde sinnlos und zwecklos Blut vergossen. Blühende Landstriche wurden verwüstet; ganze Völker wurden zerstört und ausgerottet. All dies kann auf keine Weise abgeschwächt oder gerechtfertigt werden. Die Vorherrschaft der Europäer in Afrika und wichtigen Teilen Asiens ist absolut. Sie steht in scharfem Gegensatz zu allen Grundsätzen des Liberalismus und der Demokratie, und es kann keinen Zweifel daran geben, dass wir ihr Ende herbeiführen sollten. ... Europäische Eroberer ... haben Waffen und alle möglichen tödlichen Gerätschaften in die Kolonien gebracht; sie haben den Schlimmsten und Brutalsten unter ihnen ihre Verwaltung anvertraut; mit dem Schwert haben sie die Kolonialherrschaft errichtet, welche in ihrer blutigen Grausamkeit dem despotischen System des Bolschewismus in nichts nachsteht. Die Europäer müssen sich nicht wundern, wenn die üblen Präzedenzfälle, die sie in ihren Kolonien geschaffen haben, nun auf sie zurückfallen. Auf jeden Fall dürfen sie sich nicht pharisäerhaft über die schlechte öffentliche Moral unter den Eingeborenen wundern. Auch haben sie kein Recht, zu behaupten, die Eingeborenen seien noch nicht reif genug für die Freiheit, und sie bräuchten zumindest noch einige Jahre weiterer Erziehung unter der Knute fremder Herrscher, bevor man sie sich selbst überlassen könne.“

Dort, wo eingeborene Völker stark genug waren, sich bewaffnet gegen die Kolonialherrschaft zur Wehr zu setzen, unterstützte Mises die nationalen Befreiungsbewegungen enthusiastisch: „In Abessinien, Mexiko, dem Kaukasus, Persien, China – überall befinden sich die imperialistischen Aggressoren auf den Rückzug, oder zumindest in großen Schwierigkeiten.“

Um den Kolonialismus endgültig zu beenden, schlug Mises vor, für einen begrenzten Zeitraum Protektorate unter der Herrschaft des Völkerbundes zu schaffen. Aber er ließ keinen Zweifel daran, dass er dies nur als „Übergangsphase“ sah, und dass das Endziel die „vollständige Befreiung der

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

Kolonien von ihrer despotischen Herrschaft“ sein müsse. Mises gründete seine Forderungen nach Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung und des Nationalitätsprinzips unter den kolonisierten Völkern mit dem Grundprinzip individueller Rechte:

„Niemandem steht das Recht zu, sich aus Eigeninteresse in die Angelegenheiten anderer einzumischen, und niemand sollte behaupten, er würde selbstlos und im Interesse anderer handeln, wenn es ihm in Wahrheit nur um die eigenen Interessen geht.“

Teil 2 wird am 10.04.2017 veröffentlicht.

10.04.2017 – Der Beitrag „Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung und die Einwanderungsproblematik“ von Joseph T. Salerno wird hier in drei Teilen veröffentlicht. Der Originalbeitrag mit dem Titel Mises on Nationalism, the Right of Self-Determination, and the Problem of Immigration ist am 28.03.2017 auf der website des Mises-Institute, Auburn, US Alabama erschienen. Teil 1 finden Sie hier – Teil 3 wird am 14.04.2017 veröffentlicht. Aus dem Englischen übersetzt von Florian Senne.

Der Zusammenbruch des liberalen Nationalismus: Mehrheitsherrschaft und Konflikte zwischen den Nationalitäten

So kommen wir zu Mises' zentraler Erkenntnis, dass Mehrheitsherrschaft zu unüberbrückbaren „Konflikten der Nationalitäten“ führt – selbst bei liberal-demokratischen Verfassungen. Die scharfe Beobachtung der vielsprachigen Staaten Zentral- und Osteuropas während der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg führte Mises zu der Erkenntnis, dass **„nationale Unruhen nur auf dem Boden der Freiheit entstehen können“**. So **„wurden die Kämpfe zwischen den Nationalitäten intensiver“**, je mehr sich die Freiheit im Vorkriegs-Österreich durchsetzte.

Der Zusammenbruch der alten Monarchie führte dazu, dass „die Kämpfe in den neuen Staaten verbissener geführt wurden, in denen herrschende Mehrheiten nationalen Minderheiten ohne den mildernden Einfluss des autoritären Staates gegenübertraten, der viel abfederte“. Mises führt dieses alles andere als intuitive Ergebnis darauf zurück, dass bei der Bildung der neuen Staaten das **Nationalitätsprinzip ignoriert wurde**. Mises' Schlussfolgerung scheint richtig zu sein, wenn man die modernen, ethnischen Konflikte betrachtet, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und **Jugoslawiens** entstanden.

Mises behauptet, dass zwei oder mehr „Nationen“ nicht friedlich unter dem Dach einer einheitlichen demokratischen Regierung zusammenleben können. Nationale Minderheiten sind in einer Demokratie „politisch völlig machtlos“, weil sie die sprachliche Mehrheit unmöglich friedlich beeinflussen können. Letztere stellt eine „geschlossenen kulturelle Gruppe“ dar, deren politische Vorstellungen „in einer Sprache gedacht, ausgesprochen und geschrieben werden, die die nationalen Minderheiten nicht verstehen“. Selbst dort, wo anteilmäßige Repräsentation gegeben ist, bleibt die nationale Minderheit doch „von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen“ (unfreiwillig Idiotes statt Deme).

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

Weil die Minderheit keine Aussichten hat, jemals an die Macht zu gelangen, beschränken sich die Aktivitäten ihrer Vertreter laut Mises „von Anfang an darauf, ergebnislose Kritik zu üben ... die ... zu keinerlei politischen Ergebnissen führen kann“. All das lässt Mises schlussfolgern, dass ein Angehöriger einer nationalen Minderheit, „selbst wenn er nach den Buchstaben des Gesetzes ein Bürger mit allen Rechten ist, ... er in Wahrheit doch keine politischen Rechte besitzt und ein Bürger zweiter Klasse, ein Paria, ist“.

Mises sieht Mehrheitsherrschaft aus der Sicht der nationalen Minderheit in einem mehrsprachigen Staat als eine Form des Kolonialismus: „Hier bedeutet [es] etwas völlig anderes als in national einheitlichen Staaten; hier bedeutet es für einen Teil der Menschen nicht Volksherrschaft, sondern Fremdherrschaft“. Friedlicher, liberaler Nationalismus kann sich deshalb laut Mises in mehrsprachigen, von einem einheitlichen Staat beherrschten Gebieten unmöglich entfalten, denn **„Demokratie erscheint der Minderheit wie Unterdrückung. Wo die einzige Wahlmöglichkeit darin besteht, Unterdrücker oder Unterdrückter zu sein, entscheidet man sich leicht für Ersteres“**.

So bedeutet laut Mises Demokratie für die Minderheit nichts anderes, als „sich der Herrschaft anderer zu unterwerfen“, und dies „gilt bis jetzt an allen Orten und zu allen Zeiten“. Mises verwirft „das vielzitierte“ Gegenbeispiel der Schweiz als irrelevant, weil dort die örtliche Selbstverwaltung nicht durch „interne Wanderbewegungen“ der verschiedenen Nationalitäten gestört wurde. Hätten bedeutende Wanderbewegungen zur Anwesenheit wahrzunehmender, nationaler Minderheiten in einigen Kantonen geführt, „wäre es mit dem nationalen Frieden der Schweiz schon lange vorbei gewesen“ (Beweis in 2015 erbracht).

In Bezug auf Gebiete, in denen unterschiedliche Nationalitäten wohnen, kommt Mises deshalb zu dem Schluss, dass „das Recht auf Selbstbestimmung nur denen Vorteile bringt, die der Mehrheit angehören“. Dies gilt besonders für Staaten, die stark in das Leben der Menschen eingreifen – in denen zum Beispiel Schulzwang besteht und „Menschen mit unterschiedlichen Muttersprachen in direkter Nachbarschaft, vermischt in vielsprachigem Chaos, leben“. Unter diesen Umständen stellt die Schule eine Form des „geistigen Zwangs“ dar und ist „ein Mittel der Unterdrückung von Nationalitäten“. Alleine die Wahl der Schulsprache ist in der Lage, „Kinder von der Nationalität ihrer Eltern zu entfremden“ und „über die Jahre hinweg die Nationalität eines ganzen Gebietes zu verändern“.

So wird die Schule zum Quell erbitterter nationaler Konflikte, und die Kontrolle über sie zum „politischen Ziel von höchster Wichtigkeit“. Mises vertritt die Meinung, dass **die einzige wirkliche Lösung dieses durch den Schulzwang ausgelösten Konfliktes darin besteht, die Schulen zu entpolitisieren, in dem sowohl der Schulzwang als auch die politische Kontrolle über die Schulen abgeschafft wird, und die Kindererziehung „alleine den Eltern und privaten Gesellschaften und Vereinen überlassen wird“**.

Der Schulzwang ist nur ein besonders extremes Beispiel für Staatseingriffe, die unvermeidliche Konflikte zwischen verschiedenen Nationalitäten, die zusammen in einem gemeinsamen Staat leben, noch zusätzlich verschärfen. Mises stellt für diese Situation folgendes fest: „Jeder Staatseingriff in das Wirtschaftsleben kann der herrschenden Gruppe als Mittel dienen, um Mitglieder anderssprachiger Nationalitäten zu bekämpfen“. Die wohl wichtigste Erkenntnis Mises' besteht jedoch darin, dass selbst in einem System des laissez-faire, in dem die Aufgaben des Staates streng darauf beschränkt sind, „das Leben, die Freiheit, das Eigentum und die Gesundheit des einzelnen Bürgers zu beschützen und zu erhalten“, die politische Arena den unterschiedlichen Nationalitäten auf dem Staatsgebiet zunehmend dazu dienen wird, einander zu bekämpfen. Selbst die alltäglichsten Aufgaben von Polizei

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

und Justiz in diesem Idealstaat „können dort gefährlich werden, wo auch nur die kleinste Möglichkeit für eine Gruppe besteht, bei hoheitlichen Aufgaben eine andere Gruppe zu diskriminieren“. Dies gilt insbesondere für Staaten, in denen „Unterschiede der Religion, der Nationalität oder Ähnlichem für so tiefe Gräben zwischen den verschiedenen Gruppen gesorgt haben, das kein Raum mehr für Fairness oder Menschlichkeit bleibt, und alleine der Hass die Dinge bestimmt“. Mises führt das **Beispiel eines Richters an, „der sich bewusst, oder öfter noch unbewusst, von Vorurteilen leiten lässt“, weil er glaubt, „er diene einem höheren Zweck, wenn er die Macht seines Amtes zum Nutzen der eigenen Gruppe einsetzt“.**

Das Mitglied einer nationalen Minderheit unterliegt nicht nur tiefsitzenden und alltäglichen Vorurteilen im Bereich der Politik, es ist außerdem noch nicht einmal in der Lage, die Gedanken und die Ideologie zu verstehen, die die Politik bestimmen. Sowohl seine soziale und politische Weltanschauung als auch seine kulturellen und religiösen Einstellungen spiegeln Vorstellungen wieder, die in einer fremden Sprache beschrieben und diskutiert werden, und die von denen der Gruppe der sprachlichen Mehrheit abweichen – möglicherweise extrem abweichen. Obwohl laut Mises politische und kulturelle Vorstellungen zwischen allen Nationen übermittelt und ausgetauscht werden, „entwickelt jede Nation aktuelle Vorstellungen auf eigene Art und Weise, und setzt sie unterschiedlich um. Bei jedem Volk treffen diese Vorstellungen auf einen unterschiedlichen nationalen Charakter und andere Vorbedingungen.“ Mises führt als Beispiel an, wie die politische Vorstellung des Sozialismus sich in Deutschland und Frankreich unterschied, und wie sie sich in diesen beiden auf der einen, und Russland auf der anderen Seite unterschied.

Das Ergebnis dieses natürlichen Prozesses der „Nationalisierung“ und der Spezialisierung selbst sehr ähnlicher Vorstellungen und intellektueller Bewegungen besteht darin, dass dem Mitglied einer nationalen Minderheit eine sprachliche und intellektuelle Hemmschwelle im Weg steht, die es daran hindert, an der politischen Diskussion entscheidend teilzunehmen und so die Gesetze, unter denen es lebt, zu beeinflussen. Mises erklärt:

„Das Ergebnis der politischen Debatte [der Mehrheit] hat direkte Auswirkungen auf den fremdsprachigen Bürger, da er sich an das Gesetz halten muss; und doch hat er das Gefühl, er sei von wirksamer Teilnahme am Prozess der Willensbildung der Legislative ausgeschlossen, oder er dürfe ihn zumindest nicht in dem Ausmaß beeinflussen wie diejenigen, deren Muttersprache mit der der herrschenden Gruppe identisch ist. Und wenn er vor Gericht oder vor einem Verwaltungsbeamten als Partei einer Verhandlung oder einer Petition erscheinen muss, sieht er sich Männern gegenüber, deren politische Vorstellungen sich unter anderen ideologischen Einflüssen entwickelt haben. ... Überall bekommt das Mitglied einer nationalen Minderheit das Gefühl, es lebe unter Fremden und sei ein Bürger zweiter Klasse, selbst wenn dies nach den Buchstaben des Gesetzes nicht so ist.“

Die politische Ohnmacht der nationalen Minderheit in einer Mehrheitsdemokratie führt dazu, dass sie sich als fremdbeherrschtes oder kolonisiertes Volk betrachtet. Denn, so Mises: „Der Zustand, einem Staat angehören zu müssen, dem man nicht angehören möchte, ist nicht weniger belastend, wenn er das Ergebnis einer demokratischen Wahl ist, als wenn man ihn als Ergebnis militärischer Eroberung erdulden muss. ...“ Mises hatte schon in den 1920er Jahren das Phänomen identifiziert, das wir heute fälschlicherweise als „institutionellen Rassismus“ bezeichnen – fälschlicherweise, weil das Problem nicht bei Institutionen im Allgemeinen liegt, sondern nur bei politischen Institutionen – , welches jedoch treffender als „demokratische Unterwerfung“ bezeichnet werden sollte. In den 1960ern verlieh Malcolm X (1963) der Sehnsucht der schwarzafrikanischen Minderheit in den USA nach Selbstbestimmung Ausdruck, die sich Staatseingriffen durch die Mehrheit der weißen Europäer ausgeliefert sah:

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

„Dieser neue Typ des schwarzen Mannes, er will keine Integration; er will Abspaltung. Nicht nur Rassentrennung, sondern Abspaltung. Für ihn bedeutet Rassentrennung ... etwas, das Unterlegenen durch Überlegene aufgezwungen wird. ... In der weißen Gesellschaft kontrolliert der weiße Mann die Wirtschaft, seine eigene Wirtschaft, seine eigene Politik, all seine eigenen Angelegenheiten. Es ist seine Gesellschaft. Währenddessen lebt der Schwarze in einer getrennten Gesellschaft, einer rassengetrenten Gesellschaft, die von außen durch Fremde kontrolliert wird. Der weiße Mann besitzt alle Geschäfte in den Vierteln der Schwarzen. Er kontrolliert die Politik der Schwarzen. Er kontrolliert die Vereine der Schwarzen. Das ist Rassentrennung ... Wir sind nicht für Rassentrennung. Wir sind für Abspaltung. Abspaltung bedeutet, dass die eigenen Leute die Kontrolle haben – die Kontrolle über die Wirtschaft, die Politik, die Gesellschaft, einfach alles. Ihr habt euer Reich, das ihr kontrolliert; wir haben unseres, das wir kontrollieren.“ (gilt in Bezug auf die USA auch und zwingend für die Ureinwohner, die Indianer, die noch mehr als die Schwarzen ein Recht auf Abgrenzung haben und Trump wäre gut beraten, sofern er denn wirklich Frieden möchte, den Indianern einen Bundesstaat den Indianer zur Selbstverwaltung innerhalb der USA überlässt und so eine überfällige und leichte Wiedergutmachung erreicht, die wiederum zu inneren Frieden führt und weiter zu der Möglichkeit dann auch Frieden in die Welt bringen kann. Bislang sieht es jedoch eher anders aus)

Bei seiner Analyse der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten nationaler Konflikte prägte Mises die Begriffe des „militanten“ oder „aggressiven“ Nationalismus als Gegenteil des „liberalen“ oder „friedlichen“ Nationalismus. So bestand für Mises die Wahl nie zwischen Nationalismus und einem gesichtslosen, atomistischen „Globalismus“; die wahre Wahl besteht zwischen dem weltoffenen Nationalismus, der die allgemeinen Rechte des Individuums und den Freihandel respektiert, und dem militanten Nationalismus, der die Unterwerfung und Beherrschung anderer Nationen anstrebt. **Er führt das Erstarken des anti-liberalen Nationalismus auf das Versagen zurück, das Recht der Selbstbestimmung und das Nationalitätsprinzip bei der Bildung der neuen politischen Einheiten nach dem Sturz des monarchischen Despotismus durch Krieg oder Revolution mit äußerster Strenge anzuwenden.**

Das Ergebnis dieses Versagens sind Völker mit unterschiedlichen Sprachen, Überlieferungen, Religionen etc., die künstlich und gegen den eigenen Willen in gemeinsamen, willkürlichen politischen Gemeinschaften gefangen sind. Diese vielsprachigen Staaten mit gemischten Völkern führten zwangsläufig zur Unterdrückung der Minderheiten durch die Mehrheit, zu einem erbittert geführten Kampf um die Kontrolle über den Staatsapparat, und letztendlich zu tiefsitzendem Misstrauen und Hass. Diese Zustände gipfelten oft in staatlicher Gewalt, inklusive Enteignungen und Vertreibungen, und selbst der Ermordung von Minderheiten. (z.B. Türkei, USA, Syrien, Serbien, etc.; Deutschland ist hier ein Sonderfall, indem alles verdreht zu sein scheint und den Ausführungen Mises vollkommen und vermutlich auch gewollt entgegensteht, "Ausländer im eigenen Land", womit es gelungen ist, die Mehrheit auszugrenzen und zu unterdrücken und die tatsächlichen Minderheiten zunehmend zu bevorzugen.)

Teil 3 wird am 14.04.2017 veröffentlicht.

14.04.2017 – Der Beitrag „Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung und die Einwanderungsproblematik“ von Joseph T. Salerno wird hier in drei Teilen veröffentlicht. Der Originalbeitrag mit dem Titel Mises on Nationalism, the Right of Self-Determination, and the Problem

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

of Immigration ist am 28.03.2017 auf der website des Mises-Institute, Auburn, US Alabama erschienen. Hier finden Sie Teil 1, Teil 2 finden Sie hier. Aus dem Englischen übersetzt von Florian Senne.

Arbeitnehmerfreizügigkeit kontra Selbstbestimmungsrecht der Völker

Mises ist der Ansicht, dass all dies hätte vermieden werden können, wenn nur das gesamte liberale Programm umgesetzt worden wäre, welches neben einer Wirtschaftspolitik des laissez-faire in der Heimat und des Freihandels nach außen auch das entscheidende Recht der Selbstbestimmung und des Nationalitätsprinzips umfasst, welches aus dem Recht auf Selbstbestimmung hervorgeht. Mises nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er das Schicksal von Minderheiten in illiberalen, von Staatseingriffen geprägten Systemen beschreibt:

„Wenn die Regierungen dieser [von Angehörigen verschiedener Minderheiten bewohnten] Gebiete nicht vollkommen nach liberalen Prinzipien handeln, kann nicht einmal der Anschein von Gleichberechtigung bei der Behandlung der Angehörigen der unterschiedlichen Gruppen gewahrt werden. Dann kann es nur Herrscher und Beherrschte geben. Es gibt dann nur die Wahl, Hammer oder Amboss zu sein.“ (z.B. Israel)

Mises geht aber noch weiter und vertritt die Meinung, dass selbst ein Ende der Staatseingriffe den Konflikt zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten nicht beenden wird. Als fast Einziger – sowohl unter den klassischen Liberalen seiner Zeit, als auch unter den modernen Libertären – erkennt Mises klar, dass laissez-faire Kapitalismus und Freihandel zwar notwendige, aber nicht ausreichende Bedingungen für Frieden zwischen unterschiedlichen Gruppen von Individuen sind, die gezwungen sind, in einem einheitlichen, politischen System zu leben, und die sich selbst freiwillig und natürlich auf der Grundlage von Sprache, gemeinsamen Bräuchen und Traditionen, Religion, Überlieferungen oder irgendwelchen anderen objektiven Tatsachen, denen sie subjektiv Bedeutung beimessen, als verschiedene Völker oder Nationen identifizieren. Mises stellt fest:

„All diese Benachteiligungen [der Minderheiten] werden selbst in einem Staat mit einer liberalen Verfassung, in dem die Staatsaktivitäten sich auf den Schutz von Leben und Eigentum der Bürger beschränken, als sehr unterdrückerisch empfunden. In einem Staat, der in die Angelegenheiten der Bürger eingreift, oder in einem Sozialstaat werden sie unerträglich.“ (aktuelles Beispiel hierfür ist leider die Schweiz aufgrund der ungehinderten Zuwanderung, wobei hier die Schweiz keine Schuld trifft, denn vor 2015 funktionierte das System, also hier vergleichbar mit den "Erscheinungen" in der Schweiz, worauf beide Staaten mit Eindämmung der Zuwanderung antworteten, was indes das Problem nicht löst oder abschwächt aber immerhin nicht mehr verschlimmert.)

Das Beste, das Mises über einen Staat, dessen Funktionen sich rein auf den Schutz von Person und Eigentum und die Durchsetzung von Verträgen beschränken, zu sagen weiß, ist, dass dieser „die Spannungen, die durch das Zusammenleben verschiedener Gruppen entstehen müssen, nicht noch künstlich verschärft“.

Mises verteidigt das gesamte liberale Programm – laissez-faire und das Nationalitätsprinzip – gegen die, die „gewalttätige Konflikte“ zwischen Nationen, die in demselben politischen Herrschaftsgebiet leben, geistlos auf „angeborene Abneigung“ verschiedener Völker gegeneinander zurückführen. Mises ist der Ansicht, dass diese sogar – im Gegenteil, trotz des Hasses, den verschiedene Gruppen der selben Nationalität natürlicherweise aufeinander haben mögen – friedlich in ein und demselben

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

Staat zusammenleben können, während verschiedene Nationalitäten, die gezwungenermaßen unter dem selben politischen Dach vereint sind, sich in ständigem Konflikt befinden:

„Die Bayern hassen die Preußen; die Preußen die Bayern. Der Hass zwischen unterschiedlichen Gruppen sowohl in Frankreich als auch in Polen ist nicht weniger intensiv. Und trotzdem schaffen es Deutsche, Polen und Franzosen, friedlich in ihren jeweiligen Ländern zu leben. Was der Abneigung des Polen gegenüber dem Deutschen und des Deutschen gegenüber dem Polen jedoch eine besondere politische Bedeutung verleiht, ist das Bestreben des jeweils anderen, in den Grenzgebieten die politische Kontrolle zu erlangen, in denen Deutsche und Polen Seite an Seite leben, und sie dafür einzusetzen, Mitglieder der jeweils anderen Nationalität zu unterdrücken. Es ist die Tatsache, dass die Menschen die Schulen dazu benutzen wollen, Kinder von der Sprache ihrer Vorfäter zu entfremden, und Gerichte, Verwaltungsbehörden, politische und wirtschaftliche Maßnahmen und sogar Enteignungen dazu einsetzen wollen, fremdsprachige Gruppen zu verfolgen, was den Hass zwischen den Nationen so stark zum Glühen bringt.“ (*Was Polen und Deutschland betrifft, so sind dies heute, so glaube ich, ausschließlich die Regierungen, die hier derart vorgehen, nicht mehr jedoch die beiden Völker, die Menschen selbst.*)

Es ist also nicht irgendeine natürliche Abneigung zwischen den Völkern, – die es geben mag oder auch nicht – sondern die Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung auf politischer Ebene der wahre Grund für nationale Konflikte. In diesem Sinne spricht Mises eine ernste, und aus der heutigen Sicht hellsichtige Warnung aus: **„Solange das liberale Programm in Gebieten, die von verschiedenen Völkern bewohnt werden, nicht vollständig umgesetzt ist, muss der Hass zwischen Angehörigen verschiedener Völker immer intensiver werden und zu immer neuen Aufständen und Kriegen führen.“** Das trifft mit Sicherheit auf unsere heutige Welt zu, insbesondere auf Asien und Afrika, wo europäische Imperialisten und Kolonisten unterschiedliche „Nationen“ (Stämme, Klans, Sprachgruppen, Ethnien, Religionen) zu komplett gescheiterten, politischen Einheiten zusammengefasst haben. Die meisten der vierzig Kriege, die zurzeit auf diesen beiden Kontinenten geführt werden, sind innerstaatliche- oder Bürgerkriege, und die meisten davon „speisen sich ebenso aus rassistischen, ethnischen oder religiösen Feindseligkeiten, wie es ideologische Ursachen gibt“. Die Auslöser sind meist Versuche von Minderheiten, gegen Unterdrückung durch die Mehrheit Widerstand zu leisten oder diese zu beenden – entweder durch Übernahme des bestehenden Staatsapparates, oder durch Abspaltung, oder durch Bildung eines komplett neuen Staates, siehe z.B. ISIL/ISIS/IS.

So gelangen wir zu der umstrittenen Frage der Einwanderung. Mises verwirft die rein wirtschaftlichen Argumente gegen offene Grenzen als irreführend. Er weist darauf hin, dass unter Betrachtung der Welt als Ganzes Einwanderung die Produktivität menschlicher Arbeit erhöht, und sowohl die Versorgung mit Gütern als auch den Lebensstandard steigert, weil sie dafür sorgt, dass Arbeitskräfte (und Kapital) aus Gebieten mit weniger vorteilhaften, natürlichen Gegebenheiten für die Produktion in solche mit besseren natürlichen Gegebenheiten gelangen. Die Behinderung der Freizügigkeit von Arbeitskräften sorgt deshalb für eine Fehlallokation von Arbeit, und für eine geographisch ungünstige Verteilung – in manchen Gegenden herrscht ein Überangebot, in anderen dagegen Unterversorgung. Einschränkungen der Freizügigkeit wirken sich deshalb genau so negativ aus wie Zölle oder andere Einschränkungen des internationalen Freihandels: Produktion und Einkommen bleiben hinter ihren Möglichkeiten zurück, weil in einigen Gegenden unter vergleichsweise ungünstigen Bedingungen produziert wird, während vergleichsweise günstige Bedingungen in anderen Gegenden ungenutzt bleiben müssen.

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

Obwohl Mises der Meinung ist, dass Freizügigkeit in Bezug auf Waren, Kapital und Arbeit die Produktivität der Arbeit und die Summe aller hergestellten Waren und Dienstleistungen tendenziell maximiert, sieht er dies jedoch nicht als das letztendliche Ziel des Liberalismus. Wie Mises in anderem Zusammenhang erwähnt, war es ein Fehler, zu glauben, „der wichtigste Punkt des liberalen Programms sei nicht Privateigentum, sondern ‘freier Wettbewerb’ [also Wettbewerb frei von der ‘Wirtschaftsmacht’ großer Unternehmen]“. Genau dasselbe trifft auf die Beurteilung der sozialen Erwünschtheit der Einwanderung von Arbeitskräften zu. Der Beurteilungsmaßstab für Mises und die klassischen Liberalen ist nicht das rein „wirtschaftliche“, Chicago-School-of-Economics-mäßige Erreichen der maximalen Arbeitsproduktivität gemessen in Geld, sondern die Durchsetzung von Eigentumsrechten. Denn der freie Markt auf der Grundlage von Eigentumsrechten stellt die Wünsche der Konsumenten sowohl in Bezug auf materielle als auch auf immaterielle Güter am ehesten zufrieden – das letztendliche Ziel aller wirtschaftlichen Aktivitäten. In seiner brillanten aber vernachlässigten Analyse des Arbeitsmarktes in seiner wirtschaftlichen Abhandlung, *Human Action*, weist Mises darauf hin, dass selbst die komplette Freizügigkeit für Arbeitskräfte über politische Grenzen hinweg nicht maximale Arbeitsproduktivität und eine Verteilung der Arbeitskräfte, die zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit in der gesamten Weltwirtschaft führt, als Ergebnis hat. Der Grund dafür?

„Der Arbeiter und der Konsument sind ein und dieselbe Person. ... Der Mensch kann seine Entscheidungen in Bezug auf den Einsatz seiner Arbeitskraft nicht unabhängig von denen bezüglich des Genusses seines Arbeitsertrages treffen. Abstammung, Sprache, Erziehung, Religion, Mentalität, Familienbande und die soziale Umgebung sorgen dafür, dass der Arbeiter die Wahl seines Arbeitsortes und der Art seiner Arbeit nicht alleine auf der Grundlage der Höhe seines Lohnes trifft.“

Bei seiner Analyse der Arbeitsmigration betrachtet Mises deshalb nicht nur den abstrakten „Arbeiter“, der alleine den höchsten Lohn im Einklang mit seinem Bedürfnis nach Freizeit im Blick hat, sondern den echten Menschen, der ein breites Spektrum an Präferenzen in Bezug auf diverse nicht-wirtschaftliche Ziele wie Nähe zu Familienmitgliedern, religiösen Gruppen, Ethnien oder Sprachgruppen aufweist. In Folge dessen erkennt Mises explizit an, dass, sobald man nicht mehr von den veralteten Annahmen der Freihandelsdoktrin von Ricardo und den klassischen Ökonomen ausgeht, und die internationale Mobilität sowohl von Kapital als auch von Arbeit mit in Betracht zieht, das Argument für den Freihandel zwar auch „aus rein wirtschaftlichen Gründen“ noch Gültigkeit besitzt, „jedoch bei der Diskussion des für und wider eines protektionistischen Systems aus anderen als rein wirtschaftlichen Gründen etwas anders gesehen werden muss“. Deshalb erhebt Mises die Analyse der Einwanderung auf eine andere als die rein wirtschaftliche Ebene, und bezieht die politische Realität demokratischer Staaten mit verschiedenen Nationen und deren charakteristische Unterdrückung und Verstöße gegen Eigentumsrechte nationaler Minderheiten durch die Mehrheitsnation in die Überlegungen mit ein.

Diese Analyse lässt Mises zu der Erkenntnis gelangen, dass „Masseneinwanderung“ in Form von Arbeitsmigration über Staatsgrenzen hinweg, selbst aus rein wirtschaftlichen Gründen, an und für sich ein Problem darstellt. Mises stellt fest, dass das Entstehen von Staaten verschiedener Nationen als Ergebnis der Einwanderung von Arbeitern einer fremden Nationalität „all die Konflikte, die allgemein das Merkmal vielsprachiger Staaten sind, erneut entstehen lässt“ und „zu charakteristischen Konflikten zwischen Völkern führt“. Mises versteht zwar, dass friedliche, kulturelle und politische Assimilation zwar möglich ist, falls „die Einwanderer nicht alle auf einmal ankommen, sondern nach und nach, so dass der Assimilierungsprozess der ersten Einwanderer schon abgeschlossen ist, wenn die nächste Welle eintrifft“. Er beruft sich auf das Beispiel der chinesischen Einwanderung in die Vereinigten Staaten im neunzehnten Jahrhundert, welche auf eine

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

assimilationsfördernde Art und Weise geschah. Mises merkt jedoch auch an, dass die Chinesen „vielleicht in ihrer neuen Heimat ... in den westlichen Staaten der Union an die Macht gelangt wären, falls die chinesische Einwanderung nicht sehr bald durch Gesetze begrenzt worden wäre“. Dies ist jedoch eine reine Einzelfallerkenntnis, aus der Mises keine generellen Schlussfolgerungen zieht.

In der Tat entlarvt Mises die wirtschaftlichen Argumente für Einwanderungsbeschränkungen, die von den protektionistischen Gewerkschaften in relativen Hochlohnländern wie den USA und Australien vorgebracht wurden, als offensichtlich von Eigennutz motiviert und sowohl schädlich für die wirtschaftlichen Interessen der Landsleute, als auch der korrekten Wirtschaftstheorie widersprechend. Mises schlägt jedoch bei seiner Betrachtung der nicht-wirtschaftlichen Argumente für Einwanderungsbeschränkungen, welche Verfechter des Protektionismus regelmäßig als Reserveargumente vorbringen, einen etwas anderen Ton an. Ihnen zufolge würden „Horden von Einwanderern“ nicht-englischsprachiger europäischer und asiatischer Nationalitäten „Australien und Amerika überfluten“. Weil diese Einwanderer in kurzer Zeit und in Massen eintreffen würden, so das Argument, könnten sie nicht assimiliert werden, und die Angelsachsen würden sich in den Empfängerländern bald selbst in der Minderheit befinden, was „zum Ende ihrer exklusiven Herrschaft ... führen würde“.

Bei der Beurteilung dieses Argumentes betont Mises die politischen Probleme, die in einem Staat verschiedener Nationalitäten als Folge plötzlicher Masseneinwanderung entstehen würden:

„Diese Ängste mögen in Bezug auf die Vereinigten Staaten übertrieben sein. In Bezug auf Australien sind sie es sicher nicht. ... Falls Australien sich der Masseneinwanderung öffnet, ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass seine Bevölkerung binnen kürzester Zeit aus Japanern, Chinesen und Malaien bestehen würde. ... Die gesamte Nation, nicht nur die Arbeiterschaft, ist sich jedoch einig in der Ablehnung von Überfremdung. Die gegenwärtigen Einwohner der Einwanderungszielländer [der USA und Australien] sorgen sich darum, dass sie eines Tages im eigenen Land zur Minderheit werden könnten und dann all den Albträumen nationaler Verfolgung ausgeliefert wären, denen beispielsweise die Deutschen heutzutage [1927] in der Tschechoslowakei, Italien und Polen ausgeliefert sind.“

Während Mises sich nicht explizit für oder gegen eine Politik des Stopps von Masseneinwanderung aus wirtschaftlichen Gründen ausspricht, erkennt er an, dass „diese Ängste“ des Volkes des Empfängerlandes „begründet sind“, insbesondere in einer Welt der Staatseingriffe. Mises, der viele Jahre lang selbst Zeuge der Misshandlungen nationaler Minderheiten in Zentral- und Osteuropa war, verleiht den Gründen für die Angst der Mehrheitsnation, zur Minderheit im eigenen Land zu werden, lebhaft Ausdruck:

„So lange wie die Staaten die heutige Machtfülle besitzen, welche ihnen die öffentliche Meinung zugesteht, ist die Vorstellung, der Staat könne in den Händen einer fremden Nationalität sein, zutiefst erschreckend. Es ist beängstigend, in einem Staat zu leben, in dem man an allen Ecken und Enden unter dem Deckmantel der Justiz von der herrschenden Mehrheit verfolgt wird. Es ist alpträumerhaft, schon als Kind in der Schule auf Grund der eigenen Nationalität eingeschränkt zu sein, und gegenüber jedem Gericht und jeder Verwaltungsbehörde schon alleine wegen der eigenen Nationalität im Unrecht zu sein.“

So sieht Mises Einwanderung immer und überall als „Problem“, für das es „keine Lösung“ gibt, so lange Staaten, die massiv in das Leben der Menschen eingreifen, die Regel sind. Erst wenn Einwanderung von fremden Nationalitäten über Staatsgrenzen hinweg für das einheimische Volk des

Mises über Nationalismus, das Recht auf Selbstbestimmung

Empfängerlandes keine politische Gefahr mehr darstellt, wird das „Einwanderungsproblem“ verschwinden, und Arbeitseinwanderung wird harmlos und zu allseitigen Vorteilen für die Menschen und Völker führen. Aus Mises` Sicht besteht die Lösung des Einwanderungsproblems nicht darin, irgendein vages „Recht auf Bewegungsfreiheit“ zwischen verschiedenen Staaten per Gesetz zu schaffen. Stattdessen muss die liberale laissez-faire-Revolution vollendet werden, und der Schutz von Eigentumsrechten muss sichergestellt sein, in dem stets Anpassungen der Staatsgrenzen an die Nationalitätsgrenzen stattfinden und das Recht auf Selbstbestimmung und das Nationalitätsprinzip respektiert werden. Dann – und nur dann – kann die ständige, wohlstandsschaffende, weltweite Arbeitsmigration einer dynamischen kapitalistischen Wirtschaft friedlich und frei von politischen Konflikten von statten gehen.

Fazit

Mises war ein radikaler liberaler Nationalist und Weltbürger, dessen großes Ziel es war, eine Politik voranzutreiben, die der friedlichen Ausweitung der Arbeitsteilung auf der Grundlage von Eigentumsrechten für alle Individuen und Nationen förderlich ist. Er erkannte die Realität bestehender Nationen und deren Bedeutung für die politische und wirtschaftliche Analyse an. Er erkannte, dass politische Grenzen, die im Widerspruch zum Nationalitätsprinzip stehen, ein unüberwindbares Hindernis auf dem Weg zur vollständigen Umsetzung des Prinzips des Freihandels darstellen und eine bedeutende Quelle wohlstandsmindernder, nationaler Konflikte und protektionistischer Maßnahmen sind. **Insbesondere war Mises klar, dass „Einwanderung“ nicht die Lösung des Problems der unwirtschaftlichen, räumlichen Verteilung von Arbeit war, sondern dessen Ursache.** (siehe *Deutschland im Besonderen und Europa im gesamten*; siehe *Geburtenmangelung und die Antwort auf das Ergebnis, der Alterung der Gesellschaft, die Bestandserhaltungsmigration von 2010*) Das Einwanderungsproblem würde sich nur durch die Vollendung der klassisch liberalen Revolution durch Anerkennung des universalen Rechts auf Selbstbestimmung lösen lassen. Dann würde das Problem – ja das Phänomen – der Einwanderung verschwinden, da sich die Staatsgrenzen mit den Bewegungen der Menschen und der Völker verschieben würden.

Quellen:

<https://mises.org/blog/mises-nationalism-right-self-determination-and-problem-immigration>

<http://www.misesde.org/?p=15461>

<http://www.misesde.org/?p=15505>

<http://www.misesde.org/?p=15539>